



Kaum aus dem Winterurlaub zurück, holt uns mit den Terroranschlägen von Paris die harte Wirklichkeit des noch jungen Jahres ein. Die Attentäter berufen sich missbräuchlich auf eine Religion, töten im Namen ihres vermeintlichen Glaubens Menschen, denen Freiheit und Meinung wichtig sind, oder die nur zur falschen Zeit am falschen Ort waren. Wir Europäer realisieren erst nach und nach, was wirklich passiert ist. Der Staat, die Demokratie kann sich nicht erpressen lassen. Millionen freiheitsliebende Menschen gehen in Paris und an vielen anderen Orten der Welt auf die Straße, so auch über 50 nach Paris angereiste Staats- und Regierungschefs, trauern um die Ermordeten und stehen ein für die Freiheit der Meinung und Demokratie. Diese Werte müssen wir bewahren!

Bild: EU-Kommission

Europa muss einen kühlen Kopf behalten

Ganz Europa blickte mit Spannung auf den Ausgang der griechischen Parlamentswahlen. Die linkspopulistische Syriza-Partei mit ihrem Spitzenkandidaten Alexis Tsipras wurde am 25. Januar stärkste Kraft im griechischen Parlament, verfehlte aber die absolute Mehrheit. Am nächsten Tag ließ sich Tsipras mit den Stimmen der rechtspopulistischen „unabhängigen Griechen“ (ANEL) zum Ministerpräsidenten wählen.

Diese Koalition hat manchen, aber nicht alle Beobachter überrascht: Les extrêmes se touchent. Dennoch ist es gerade jetzt wichtig, dass Europa einen kühlen Kopf behält. Auch die neue Regierung wird sich mit der Wirklichkeit arrangieren müssen. Wir wollen, dass Griechenland im Euro bleibt – aber nicht zu einseitig gesetzten Bedingungen. Also muss auch eine von Syriza geführte Regierung konstruktiv dafür arbeiten, dass das gelingt.

Einen Schuldenschnitt, wie Tsipras ihn im Wahlkampf gefordert hat, kann es nicht ge-

ben. Denn sonst würden andere Länder, die auch harte Reformen erfolgreich durchgeführt oder noch vor sich haben, Gleiches für sich verlangen. Das wäre untragbar.

Es kommt jetzt darauf an, in Gesprächen auch mit einer neuen griechischen Regierung nach gemeinsamen Wegen zu suchen. Dabei kann es nicht um eine griechische Sonderlösung gehen. Denn die Eurozone hat klare Regeln, die für alle gelten. Sonst bekommen wir Nachahmer und einen Überbietungswettbewerb bei Forderungen, die mit dem Stabilitätspakt unvereinbar sind. Zudem würden radikale politische Kräfte in Krisenländern gestärkt, wenn sich Tsipras' Koalition aus Links- und Rechtspopulisten mit ihren Forderungen durchsetzte.

Den Weg aus der Krise müssen wir Europäer alle gemeinsam gehen. Wir brauchen Geduld und Zuversicht, aber auch Verständnis für die Not der Menschen in den Krisenstaaten. Wer Strukturreformen unternimmt, um sein Land wettbewerbsfähiger zu machen, verdient nachhaltige und weitsichtige Unterstützung. Aber das muss für alle gelten und verlangt nach europäischen Lösungen, nicht nach Sonderbehandlungen.

Es ist wichtig, eine Modernisierungsstrategie für Europa als Innovations- und Inves-

titionsraum zu entwickeln. Wir müssen die Themen Energieunion, digitale Netze und Infrastruktur sowie Bildung und Forschung vorantreiben. Das müssen wir gemeinsam und solidarisch in der EU angehen. Dabei können auch mit Strukturprojekten gezielt Schwerpunkte in Krisenstaaten gesetzt werden. Dann kommen wir insgesamt wieder auf einen guten Entwicklungspfad. Darüber sollten sich die europäischen Staats- und Regierungschefs, unterstützt von der Kommission und kritisch-konstruktiv begleitet vom Europäischen Parlament, mit Griechenlands neuer Regierung alsbald unterhalten und auf diese Weise konkrete Perspektiven auch für Griechenland entwickeln.

*Rainer Wieland MdEP
Präsident der Europa-Union Deutschland*

Aus dem Inhalt

Klare Kante gegen Extremisten 2
Ein Zwischenruf von Christian Moos

**Statt deutscher Maut
eine europäische Lösung** 3
Ein Kommentar von Otto Schmuck

Klare Kante gegen Extremisten

Bild: Jochen Kunz – Fotolia.com



Die Organisatoren der Pegida-Demonstrationen sehen sich bestätigt. Sind es nicht Muslime, die in der Redaktion des französischen Satireblatts Charlie Hebdo ein Massaker angerichtet haben? Fakt ist, die meisten Toten und Verletzten, die der weltweite Krieg der Islamisten gegen die Zivilisation bisher gekostet hat, waren muslimischen Glaubens. Der französische Polizist, der vor dem Redaktionsgebäude von Charlie Hebdo bestialisch ermordet wurde, war Moslem.

Die Alternative für Deutschland (AfD), die inzwischen ihr wahres, fremdenfeindliches Gesicht zeigt, überlegt, mit Pegida zusammenzuarbeiten. Auch sie versucht, aus der Bluttat des 7. Januar politisches Kapital zu schlagen. Da sich der Euro als Angstthema nicht mehr eignet, kommt die angebliche Islamisierung des Abendlands gerade recht. Kriegsflüchtlinge und Asylsuchende, die schwächsten und hilfsbedürftigsten Teile der Gesellschaft, werden als Sündenböcke ausgemacht.

Trauer um die Opfer

Die Europa-Union trauert um die getöteten Karikaturisten, Redakteure, Polizisten und weiteren Opfer dieser Wahnsinnstat.

Gewiss stellen die Rückkehrer aus Syrien und Irak die europäischen Sicherheitsbehörden vor größte Herausforderungen. Die Bedrohungslage ist reell. Sie betrifft aber auch die in Deutschland und Europa lebenden Muslime. Dass deren deutsche Verbände sich nun eindeutig von den Extremisten distanzieren, ist ein wichtiger Schritt.

Es ist die Freiheit, die in Europa in Gefahr ist. Populisten, Demagogen, Extremisten erhalten vielerorts Zulauf. Die europäische Idee kann nicht losgelöst von der Freiheit gedacht werden. Für uns überzeugte Europäerinnen und Europäer kann es angesichts der Bedrohung durch islamistischen Terror und rechtsextreme Bewegungen, deren terroristisches Potenzial der Nationalsozialistische Untergrund offenbart hat, nur eine Antwort geben: Klare Kante gegen Extremisten gleich welcher Couleur.

Rechtsradikale Gedanken nicht salonfähig

Keine Toleranz für Intoleranz, egal von welcher Seite sie kommt, ob von wirren Glaubenskriegern, Dschihadisten und Hasspredigern, die ebenso des Teufels sind

wie Rechts- oder Linksterroristen. Klare Kante auch gegen deutschtümelnde Grauzonenwanderer, die rechtsradikale Gedanken salonfähig zu machen suchen. Die Anhänger von AfD und Pegida sind gewiss nicht alle Rechtsextremisten, aber es finden sich nicht wenige davon in ihren Reihen.

Die Europa-Union ist eine überparteiliche politische Vereinigung. Für Menschen, die mit der AfD oder Pegida

sympathisieren, steht sie aber nicht offen. All das, wofür wir europäische Föderalisten uns einsetzen, steht der völkischen Umdeutung des einstigen Freiheitsrufs „Wir sind das Volk“ diametral entgegen.

Es gibt aber Gegenwehr. Karikaturisten, die sich nicht von religiösen Fanatikern einschüchtern lassen. Die französischen Demokraten, die parteiübergreifend – und in Ausgrenzung des Front National – gegen den Terror und für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aufstehen. Mutige Gegendemonstranten, die der Welt zeigen, dass Deutschland kein fremdenfeindliches Land ist.

Der Domprobst von Köln hat das Licht der gotischen Kathedrale gelöscht, als der örtliche Pegida-Ableger an ihr vorbeizog. Das war das richtige Signal. Mit solchen Leuten spricht man nicht, und man muss ihnen auch nicht zuhören, wie manche zu meinen scheinen. Es sind keine Kinder, sondern erwachsene Menschen, die für ihr Handeln verantwortlich sind.

*Christian Moos
Generalsekretär der
Europa-Union Deutschland*

Statt deutscher Maut europäische Lösung

Gegenwärtig wird in Deutschland heftig über die Einführung einer Maut für die Nutzung deutscher Straßen gestritten. Wenn es einen Bereich gibt, bei dem eine europäische Lösung sinnvoll und zweck-

genommen, dass in den Niederlanden und in Belgien derzeit auch über entsprechende Lösungen nach deutschem Vorbild nachgedacht wird. Ein derartiges einzelstaatliches Vorgehen mit der Zielrichtung, die europä-

EU-Staaten, die eine Mautgebühr per Vignette erheben, gegenseitig die jeweilige Vignette der anderen EU-Staaten anerkennen. Hierfür könnte gegebenenfalls ein finanzieller Ausgleich erfolgen.



Dr. Otto Schmuck bei einer UEF-Tagung in Brüssel

Bild: UEF

mäßig ist, dann ist es sicherlich die Gebührenregelung zur Straßennutzung, vor allem im Hinblick auf den grenzüberschreitenden Verkehr. Denn im Binnenmarkt gehört der freie Personenverkehr – auch per PKW – zu den grundlegenden Errungenschaften.

Kosten für den Straßenbau und den Straßenerhalt fallen überall an. Viele EU-Staaten haben entsprechende zusätzliche Einnahmequellen erschlossen: In Frankreich und Italien wird entfernungsabhängig kassiert, die Schweiz, Österreich die Tschechische Republik und Slowenien verlangen obligatorische Vignetten, andere EU-Staaten wie bislang auch Deutschland finanzieren über die Kfz- und die Mineralölsteuer.

In Deutschland wird aktuell die Einführung einer Maut per Vignette erwogen. Die Diskussion hierzu wird zu einem großen Teil durch Neid und Revanchedenken bestimmt: „Wenn wir Deutsche in Österreich für die Straßennutzung zahlen, dann ist es auch Recht und billig, wenn wir die Ausländer ebenfalls zur Kasse bitten.“ Zu beachten ist dabei jedoch, dass die deutsche Lösung EU-Ausländer nicht benachteiligen darf. Zudem wird in diesem Zusammenhang kaum zur Kenntnis

genommen, dass in den Niederlanden und in Belgien derzeit auch über entsprechende Lösungen nach deutschem Vorbild nachgedacht wird. Ein derartiges einzelstaatliches Vorgehen mit der Zielrichtung, die europä-

Vignettenzwang an jeder Grenze steht im Widerspruch zum freien Personenverkehr im europäischen Binnenmarkt

Die Zeit ist reif, Konzepte für eine EU-weite Lösung in dieser Frage zu finden. Diese wird wegen der unterschiedlichen Systeme nicht einfach sein. Möglicherweise müssen bestehende, privat finanzierte Mautstrecken außen vor bleiben. Differenzierte Lösungen könnten jedoch beispielsweise vorsehen, dass ein Teil der Mineralölsteuer EU-weit in einen Topf fließt, aus dem öffentlich anfallende Kosten finanziert werden – oder zumindest der Anteil, der auf die Straßennutzung durch EU-Bürgerinnen und EU-Bürger entfällt, die nicht in dem entsprechenden Land ansässig sind. Zumindest könnten die

Hinsichtlich der Straßennutzung in Europa ist eine europäische Lösung der einzig sinnvolle Weg. Die Vorstellung, künftig bei grenzüberschreitenden Autofahrten an jeder Grenze – vergleichbar einer Eintrittsgebühr – zunächst ein neues „Pickerl“ kaufen zu müssen, widerspricht dem Grundgedanken des europäischen Raums ohne Binnengrenzen. Auch bieten die Windschutzscheiben bei größeren Reisen quer durch Europa kaum noch genügend Platz für die zahllosen unerwünschten „Souvenirs“ aus den Nachbarländern.

Dr. Otto Schmuck

Der Autor ist Vorstandsmitglied der UEF, Mitglied des Präsidiums der Europa-Union Deutschland und Sprecher der AG Zukunft Europas. Bis 2014 war er Leiter der Abteilung Europa bei der Landesvertretung Rheinland-Pfalz beim Bund und in Europa.



Europa: alt, müde und ohne Selbstvertrauen ...

Papst Franziskus' aufrüttelnde Rede vor dem EU-Parlament

Die Religion sei das Fundament und Grundlage für die Zukunft Europas, die Menschenwürde, den Umweltschutz und das Schicksal der Flüchtlinge – Papst Franziskus hat die Abgeordneten in Straßburg mit seiner Rede beeindruckt. Europa müsse, so der Papst, die christlichen Wurzeln seiner Identität wiederentdecken. Die Religion sei für den Kontinent nicht nur das fundamentale Erbe einer 2.000-jährigen Vergangenheit, sondern biete auch die Grundlage für seine künftige soziale und kulturelle Entwicklung. Ende November richtete das katholische Kirchenoberhaupt seine aufrüttelnden Worte an das Europaparlament. Seine Rede war mit großer Spannung, aber auch teilweise mit Skepsis erwartet worden.

Zur Eröffnung der feierlichen Sitzung sagte EP-Präsident Martin Schulz, dass der Vertrauensverlust der Menschen in die Politik, ob auf nationaler oder europäischer Ebene, „dramatisch“ sei. „Ohne Vertrauen aber kann keine Idee und schon gar keine Institution dauerhaft bestehen. Deshalb ist die Kooperation aller Kräfte nötig, um verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen.“, so Schulz. „In dieser Hinsicht gehen die Anliegen der Europäischen Union und der katholischen Kirche zu einem großen Teil Hand in Hand. Die Werte der Toleranz, des Respekts, der Gleichheit, der Solidarität und des Friedens sind Teile unseres gemeinsamen Auftrages. Die Europäische Union steht für Miteinander statt Gegeneinander, für Einbeziehung statt Ausgrenzung“.

Gleich nach der Einführung durch Schulz stellte Papst Franziskus fest: Der christliche Beitrag sei keine Bedrohung für säkulare Staaten, sondern eine Bereicherung und Stärkung der gesellschaftlichen Solidarität.

Hoffnung und Ermutigung

„Ein Europa, das nicht mehr offen ist für die transzendente Dimension des Lebens, riskiert, langsam seine eigene Seele

und jenen ‚humanistischen Geist‘ zu verlieren, den es weiterhin liebt und verteidigt.“ Die Kirche wolle einen aktiven Austausch mit den europäischen Institutionen und dabei helfen, das gegenwärtige „Vakuum der Ideale“ neu zu füllen. Heute wirke Europa oft alt, müde und ohne Selbstvertrauen angesichts seines drohenden Bedeutungsverlusts in

der Welt, analysierte der Papst in seinen Ausführungen. Gleichzeitig nehme das Vertrauen der Bürger in die Gestaltungskraft der EU ab. Er wolle dem Kontinent daher eine Botschaft der Hoffnung und Ermutigung bringen. In der gegenwärtigen Krise liege die Chance zu einem stärkeren Zusammenhalt der Staaten.

Für die Würde des Menschen einsetzen

Besonders hob Franziskus den europäischen Einsatz für die Rechte und die Würde des einzelnen Menschen hervor. Eine der Wurzeln dieser Ideale sei das Christentum. Die Menschenwürde bleibe gefährdet, denn es gebe „immer noch zu viele Situationen, in denen Menschen wie Objekte behandelt werden, deren Anlagen, Gestalt und Nützlichkeit programmiert werden und die weggeworfen werden können, wenn sie nicht mehr nützlich sind, wegen Schwäche, Krankheit oder Alter“.

Der Papst warnte vor einem fehlgeleiteten Menschenrechtsverständnis, das immer mehr und mehr Rechte für den einzelnen fordere, „ohne zu beachten, dass jeder Mensch Teil eines sozialen Kontextes ist, in dem seine oder ihre



EP-Präsident Martin Schulz begleitet Papst Franziskus in den Plenarsaal des Europäischen Parlaments.
Bild: EU-Kommission

Rechte verbunden sind mit denen anderer und dem Gemeinwohl der Gesellschaft selbst“. Dieser ausufernde Individualismus, der den einzelnen Menschen verabsolutiere, führe letztlich zu Einsamkeit. Diese Einsamkeit sei heute „eine der verbreitetsten Krankheiten in Europa“, betonte der Papst.

Flüchtlinge nicht vergessen

Franziskus forderte eine gemeinschaftliche Strategie der EU-Staaten zur Bewältigung der Flüchtlingsproblematik an den Südgrenzen Europas. „Wir dürfen nicht zulassen, dass das Mittelmeer ein großer Friedhof wird“, rief der Papst den Parlamentariern zu und erntete großen Beifall.

Nicht in allen Fraktionen kam zu den Ausführungen des Papstes regelmäßig Beifall. So hielten sich die Linken am Anfang mit höflichem Klatschen zurück. Auch Vertreter von Minderheiten wie Homosexuelle vermissten klare Aussagen des Papstes. Andere sehen neben den christlichen Wurzeln auch noch weitere. Als er aber auf das Schicksal der Flüchtlinge und die Verantwortung der EU-Staaten zu sprechen kam, traf er den Nerv aller Parlamentarier und erntete am Ende seiner Rede stehenden Applaus von allen Fraktionen. ■

Ratspräsidentschaft sieht sich vor großen Aufgaben

Außenminister Lettlands sprach bei EUD-Parlamentariergruppe im Bundestag

Einem geeigneteren Zeitpunkt für ein Hintergrundgespräch mit Edgars Rinkevics hätte die Parlamentariergruppe der Europa-Union Deutschland im Deutschen Bundestag kaum wählen können. Einen Tag nach der griechischen Parlamentswahl, unter dem Eindruck der Pariser Terroranschläge und dem erneuten Bruch der Waffenruhe in der ukrainischen Hafenstadt Mariupol nutzten rund 70 Bundestagsabgeordnete, Mitarbeiter und Gäste die Gelegenheit, ihre Fragen an den lettischen Außenminister zu stellen, dessen Land seit Jahresbeginn die EU-Ratspräsidentschaft innehat. Geleitet wurde das Hintergrundgespräch vom Vorsitzenden der Parlamentariergruppe, Manuel Sarrazin.

„Die lettische Ratspräsidentschaft steht vor großen Aufgaben“, bekräftigte der Außenminister. Terrorismusbekämpfung, östliche Partnerschaft und Jugendarbeitslosigkeit seien nur einige der Themen, die bei der Ratspräsidentschaft Lettlands ganz oben auf der Liste stünden. „Die Terroranschläge in Paris sind ein direkter Angriff auf die Meinungsfreiheit und damit auf eines der wichtigsten europäischen Grundrechte“, unterstrich Rinkevics. Europa müsse besser verstehen, warum EU-Bürger zu Terroristen würden. Dazu müsse zum einen ein Dialog innerhalb der europäischen Gesellschaften geführt werden. Zum anderen solle zur Terrorbekämpfung die inner- und außereuropäische Zusammenarbeit verstärkt werden.

Zum Ausgang der griechischen Parlamentswahl sagte der Außenminister, dass auch eine neue griechische Regierung die von ihrer Vorgängerin geschlossenen Abmachungen respektieren müsse.

Die Ereignisse in der Ukraine und das Verhältnis zu Russland beschäftigten das Publikum besonders. Die Europäische Union müsse angesichts der aktuellen Ereignisse bereit zu weiteren Sanktionen gegenüber Russland sein, meinte Rinkevics. Der Dialog mit Russland dürfe jedoch nicht abgebrochen werden. Zudem sei es wichtig, die humanitären und wirtschaftlichen Herausforderungen in der

Ukraine anzugehen. Rinkevics unterstrich die gleichbleibend große Bedeutung der östlichen Partnerschaft für die Europäische Union.

Lettland wolle während der Ratspräsidentschaft jedoch den Fokus nicht allein auf die östliche Dimension legen. Auch die Flüchtlingsproblematik, die Ereignisse in Libyen und dem Jemen sowie der Friedensprozess im Nahen Osten seien von Bedeutung. Zudem sollten die geplanten Freihandelsabkommen mit Japan und Vietnam vorangebracht und das Abkommen über eine Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) mit den USA 2016 abgeschlossen werden. Als weitere Aufgaben nannte der Außenminister die Vorbereitung des UN-Gipfels zur nachhaltigen Entwicklung im September und die Pariser Klimakonferenz im Dezember 2015.



(v. l. n. r.) Manuel Sarrazin MdB, Außenminister Edgars Rinkevics und Norbert Spinnrath MdB

Bild: EUD

Rinkevics zeigte sich überzeugt, dass der europäische Gedanke durch erfolgreiche Politik wieder gestärkt werden kann. Deshalb müssten Themen wie wirtschaftliches Wachstum, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, aber besonders auch der Datenschutz und die „Digitale Agenda“ der Europäischen Union vorangetrieben werden. ■

Der Europa-Union Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag gehören derzeit 155 Abgeordnete aus drei Fraktionen an, die zugleich Mitglied der Europa-Union Deutschland sind. Vorsitzender der Parlamentariergruppe ist aktuell Manuel Sarrazin (Bündnis 90/Die Grünen). Seine Stellvertreter sind die Abgeordneten Florian Hahn (CSU), Josip Juratovic (SPD), Staatssekretär Dr. Günter Krings (CDU) und Norbert Spinnrath (SPD). Die Parlamentariergruppe veranstaltet das Debattenforum Speakers' Corner, Hintergrundgespräche mit den Außenministern der Staaten, die die EU-Ratspräsidentschaft innehaben, sowie gemeinsam mit den Jungen Europäischen Föderalisten das Parlamentarische Europaforum. Die Veranstaltungen stehen Abgeordneten und Vertretern von Bundesregierung, Ländern, Wissenschaft sowie der interessierten Fachöffentlichkeit offen. Nächster Termin: 25.03.2015, Parlamentarisches Forum zum Thema „Westlicher Balkan“.

Die Europa-Union Deutschland hat neben der Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag fraktionsübergreifende Parlamentariergruppen im Europäischen Parlament und mehreren Landtagen. Der Verband will mit seiner parlamentarischen Arbeit den Dialog zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und ihren Abgeordneten stärken und zugleich den interfraktionellen Austausch der Abgeordneten zu europapolitischen Themen fördern. Ziel ist es, die Handlungsfähigkeit der deutschen Europapolitik zu stärken und die demokratische Legitimation europäischen Handelns zu erhöhen.

Linn Selle erhält „Preis Frauen Europas“

Der „Preis Frauen Europas“ wurde Linn Selle am 26. Januar in Berlin verliehen. Staatsminister Michael Roth dankte der „streitbaren Europäerin“ für ihr beeindruckendes ehrenamtliches Engagement für Europa. Selle ist seit vielen Jahren bei den Jungen Europäischen Föderalisten aktiv und war zuletzt deren Bundessekretärin. Mit ihrer Online-Kampagne im Vorfeld der Europawahl forderte sie die Übertragung der Spitzenkandidaten-Debatte im Hauptprogramm von ARD und ZDF. Ihre Online-Petition mobilisierte binnen Tagen Tausende für Europa.

Europa ist für Linn Selle keine Selbstverständlichkeit. Ihr ist bewusst, dass das Projekt auch scheitern kann. Sie fordert daher: „Wir alle müssen Flagge zeigen, dass Europa wichtig ist und dass es uns sehr wohl etwas angeht, wie es Griechen, Italienern oder Portugiesen geht. Es gibt Leute, die wollen uns glauben machen, wir müssten nur zurück zum kuscheligen Nationalstaat und Deutschland würde es gutgehen. Doch Fakt ist: Uns geht es so gut wie lange nicht mehr und das gerade wegen der europäischen Einigung! Das klarzumachen ist natürlich vor allem Aufgabe unserer Politikerinnen und Politiker, aber auch jeder und jede einzelne von uns muss sich dafür einsetzen – im Alltag, in der Schule oder auf dem Sportplatz.“

Staatsminister Roth dankte der Jury dafür, dass sie sich für eine junge Europäerin, sogar die jüngste in der Geschichte des Preises, entschieden habe. Es sei ein schönes Signal, mit der Auszeichnung der Preisträgerin nicht nur rückblickend Respekt und Anerkennung zu zollen, sondern sie auch für ihr weiteres Engagement zu motivieren. Bereits als junger Mensch habe Linn Selle viel für Europa geleistet, unterstrich Roth. Dass es dabei nicht bleibt und die 28-jährige Doktorandin auch weiterhin Flagge für Europa zeigen wird, daran ließ Selle auch am Abend ihrer Ehrung keinen Zweifel.

Der „Preis Frauen Europas – Deutschland“ ehrt seit 1991 Frauen, die sich durch ihr mutiges, kreatives oder hartnäckiges



Laudator und Preisträgerin: Staatsminister Michael Roth und Linn Selle

Bild: EBD/K. Neuhauser

ehrenamtliches Engagement in besonderer Weise für das Zusammenwachsen und die Festigung eines vereinten Europas einsetzen. Mit der symbolischen Auszeichnung – die Preisträgerin erhält eine eigens für sie gefertigte Brosche und wird Teil eines aktiven Preisträgerinnen-Netzwerkes – will die Europäische Bewegung

Deutschland (EBD) bürgerschaftlich aktive Europäerinnen untereinander und mit den EBD-Mitgliedsorganisationen vernetzen und ehrenamtliche Strukturen in der Zivilgesellschaft stärken.

Die Europa-Union Deutschland gratuliert herzlich zu dieser Auszeichnung! ■



Die Bürgerdialogreihe der Europa-Union Deutschland und ihrer Partner zum Transatlantischen Freihandelsabkommen

Diskutieren Sie mit!

Vor Ort:

- 19. 02: Pforzheim, Landratsamt Enzkreis
- 19. 03: Hannover, Akademie des Sports
- 12. 05: Dortmund, IHK

Im Netz:

www.ttipp-buergerdialoge.de

Auf Facebook:

www.facebook.com/TTIPBuergerdialoge

Auf Twitter:

@TTIP_dialog #TTIP_dialog

Stark vertreten beim Bundesparteitag in Köln

Nach dem gelungenen Auftakt zum Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen in Hamburg war die Europa-Union Deutschland im Dezember auch auf dem Bundesparteitag der CDU in Köln vertreten. Mit starker personeller und überparteilicher Unterstützung der Europa-Union und der JEF aus dem Landesverband NRW konnte gemeinsam mit der Bundesgeschäftsstelle ein Einsatzplan entwickelt werden, der sicherstellte, dass über zwei Tage hinweg meist mehr als drei Europäer in wechselnder Besetzung den EUD-Stand betreuten. Dies war auch nötig, wurde unser Infostand doch durchweg gut besucht. Hilfreich waren dabei auch die vor Ort anwesenden Partei-Insider, wie der Präsident der Europa-Union Deutschland, Rainer Wieland. Viele unserer Mitglieder, die gleichzeitig Teilnehmer des Parteitages waren, schickten ihre Parteifreunde vorbei. So besuchten auch viele prominente Politiker unseren Verband,

informierten sich über die Arbeit der Europa-Union und trugen sich ins Gästebuch ein. Im Ausstellerbereich mit mehr als 100 Ständen ging es zu wie auf einer Messe, was unsere Aktiven nutzten, um auszuschwärmen und bei anderen Verbänden und Unternehmen für die Europa-Union zu werben. Mit Herrn Güney vom Reiseveranstalter viaCultus GmbH konnte ein Unterstützer bereits im Vorfeld gewonnen werden, der zur Ausstattung des Informationsstandes mit Stellwänden und anderer Hilfe beigetragen hat.

Sicher messbar ist der Erfolg einer solchen Aktion selten, doch konnten schon während des Parteitages mehrere Neubetritte verzeichnet und viele Kontakte für künftige Kooperationen geknüpft werden. Für den kommenden Bundesparteitag der SPD 2015 laufen schon die ersten Vorbereitungen, damit sich die Europa-Union auch hier einem möglichst



Hoher Besuch: Kanzleramtsminister und EUD-Ehrenpräsident Peter Altmaier bei den aktiven Europäern am Stand der Europa-Union Bild: EUD NRW

breiten Publikum präsentieren kann, um viele neue, politisch interessierte Mitstreiter für die europäische Sache zu gewinnen.

Kirsten Eink

60. Bundeskongress in Memmingen

Memmingen, die Stadt der Tore und Türme, Giebel und Fassaden liegt am Rande des Allgäus im „Schwobelländle“ und zählt über 41.000 Einwohner. Historie und Moderne liegen hier nah beieinander. Die liebenswerte Altstadt mit ihrer über 850 Jahre alten Geschichte zeugt von einer bewegten Vergangenheit und verzaubert ihre Besucher. Eine „Stadt mit Perspektiven“ – das ist der Slogan, den Memmingen heute selbstbewusst für sich in Anspruch nimmt als Standort einer starken mittelständischen Wirtschaft, als erfolgreiche und weltoffene Kommune mit einer aktiven Bürgerschaft, die lebendige Partnerschaften mit zehn Städten und Regionen in ganz Europa, den USA und der Türkei pflegt. Und als „Stadt der Menschenrechte“ stellt sich Memmingen bewusst in die historische Tradition der sog. „Zwölf Artikel“ aus dem deutschen Bauernkrieg, die als erste Niederschrift von Menschen- und Freiheitsrechten in Europa gelten.

Eine gute Wahl also für den Tagungsort des 60. Bundeskongresses der Europa-Union Deutschland, der am 25. und 26. April in Memmingen zusammentritt.

Unter dem Motto „Europa gestalten – Frieden erhalten“ befasst sich der Kongress mit aktuellen Fragen und Herausforderungen im Bereich Außen- und Sicherheitspolitik, Minderheiten-, Flüchtlings- und Entwicklungspolitik, Soziales Europa und Europäische Wirtschaftspolitik. Hauptredner sind der für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zuständige Bundesminister Dr. Gerd Müller und der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann. Vier Arbeitsgruppen zu den genannten Themen bieten Gelegenheit zu intensiven inhaltlichen Diskussionen. Aber auch die praktische Europa-Arbeit steht auf dem Programm: Der Samstagvormittag beginnt mit Gesprächskreisen zu „Europa vor Ort“ in Schule und Kindergarten, Wirtschaft und Unternehmen sowie in der Kommune. Erfolgreiche Projekte und Initiativen aus Memmingen und andernorts werden vorgestellt, Erfahrungen können ausgetauscht werden.

Die Delegierten der Europa-Union aus allen deutschen Bundesländern werden auch die strategischen und personellen Weichen für eine erfolgreiche Verbandsarbeit in den



Ein Blick über den Marktbrunnen von Memmingen Bild: Foto Thanner

nächsten zwei Jahren stellen. Die Neuwahl des Präsidiums steht ebenso an wie die Positionierung der Europa-Union Deutschland zur europapolitischen Lage und die Debatte zu verbandsinternen Fragen. Wahlen und Antragsbehandlung sind Gegenstand der Plenarsitzung insbesondere am Sonntag.

Wer sich für eine Teilnahme als Gast interessiert, kann sich informieren und anmelden unter www.europa-union.de >>Gremien >>Bundeskongress oder unter Tel. (030) 303 62 01 30 oder per E-Mail über info@europa-union.de. ■

EU näher an Bürger heranzuführen

UEF tagte in Brüssel

Das Federal Committee, das höchste Gremium zwischen den Kongressen unseres Dachverbandes, der Union Europäischer Föderalisten, hat im vergangenen Dezember seine Herbsttagung in Brüssel abgehalten.

Der erste Sitzungstag war von einem ausführlichen Bericht des UEF-Präsidenten Elmar Brok MdEP, einer Aussprache mit dem Sprecher der Europäischen Kommission Margaritis Schinas und einer politischen Generaldebatte geprägt. Brok wies auf die vielfältigen Herausforderungen hin, vor denen die EU derzeit steht und auf die sie reagieren muss. Das im Mai neu gewählte Europäische Parlament setze in seiner Arbeit

kandidaten im Wahlkampf und der breiten Unterstützung des Parlaments verstehe die Kommission ihr Mandat explizit als ein politisches. Juncker habe umfangreiche Umstrukturierungen vorgenommen, um die Arbeit effektiver zu gestalten. Es müsse gelingen, die EU näher an die Bürger heranzuführen. „Europa im Großen groß und im Kleinen klein zu machen“ sei die letzte Chance der Kommission für ein bürgernahes Europa.

Am zweiten Tag berieten die vier „Politischen Kommissionen“ über eine große Zahl von Anträgen. In der Schlussdebatte ist es – nicht zuletzt durch deutsche Interventionen in den Arbeitsgruppen und durch die konsequente Haltung unseres Berliner Freundes Dr. Otto Schmuck in der Antragskommission – der deutschen Delegation gelungen, die sonst übliche Flut der „Resolutions“ erstmals einzudämmen. Angenommen wurden eine Stellungnahme zur

in der EU, zur Flüchtlingsproblematik und auch zur sozialen Kohäsion gesehen. Diese Themen sollen vertieft beraten werden.

Paolo Vacca, der Generalsekretär der UEF, stellte auch ein detailliertes Programm zur Verbreiterung der Mitgliederbasis der UEF – insbesondere in den jüngeren Mitgliedssektionen – sowie zur Verbesserung der dortigen Arbeit vor. Dabei soll insbesondere mit der JEF zusammengearbeitet werden, was wir in der Europa-Union Deutschland ja schon seit vielen Jahren erfolgreich praktizieren.

Die deutschen Delegierten begrüßten das sehr, hatten sie doch in den vergangenen Jahren gerade diese Themen immer wieder angemahnt. Nun stehen für 2015 verschiedene Seminare, Colloquien und Workshops – mehrfach in Zusammenarbeit mit der JEF – in verschiedenen Ländern der EU an. Und das nächste Federal Committee der UEF wird im April die begonnene inhaltliche Diskussion fortsetzen. Zuvor bietet ein internationales Seminar, das in Kooperation mit der Europa-Union Anfang Februar in Berlin or-



(v.l.n.r.) UEF-FC-Vorsitzender Massimo Malcovati, Präsident Elmar Brok, Generalsekretär Paolo Vacca
Bilder: UEF

Schwerpunkte u.a. bei der Überwindung der längst noch nicht überwundenen Krise, bei der Außenpolitik und auch bei der institutionellen Weiterentwicklung der EU. Als besonders positiv zu bewerten sei, dass sich die überparteiliche „Spinelli-Gruppe“ erneut gegründet habe und auf großes Interesse stoße. Der Konstitutionelle Ausschuss AFKO bereite derzeit drei Berichte vor: zu Weiterentwicklungsmöglichkeiten innerhalb der Verträge, zum Europäischen Wahlrecht und auch zu weiter reichenden Vertragsänderungen im Konventsverfahren. Brok sagte zu, die Berichtsentwürfe hierzu den UEF-Mitgliedern frühzeitig zur Verfügung zu stellen und deren Vorschläge in den Beratungsprozess einzubringen.

Margaritis Schinas erläuterte die Schwerpunktsetzungen der Anfang September ins Amt gekommenen Kommission Juncker. Aufgrund des neuen Verfahrens der Spitzen-



Wolfgang Wettach – inmitten der EUD-Delegation – bringt sich aktiv in die Debatte ein.

Situation der Ukraine, Beschlüsse zur Unterstützung des Kurses von EZB-Präsident Draghi und zur Abwehr antieuropäischer Bestrebungen in Italien sowie eine Fortschreibung des im Vorjahr in Berlin angenommenen UEF-Manifests. Weiterer Diskussionsbedarf wurde hingegen im Hinblick auf die Beschlussentwürfe zur Freizügigkeit

gansiert wird, Gelegenheit zu intensiven politischen Debatten. Die Landesverbände der EUD sind gebeten, sich an der Diskussion zu beteiligen. Die betreffenden Texte sind unter <http://www.federalists.eu/structure/federal-committee/> verfügbar.

Rainer Giesel/Dr. Otto Schmuck

Rheinland-Pfalz

Wir alle sind Europäer

Den Europäischen Wettbewerb unterstützt der Landesverband auf Einladung des Kultusministeriums seit seinem Bestehen. Anfang der 70er Jahre entwickelte sich eine fruchtbare Zusammenarbeit in Form einer gemeinsamen Trägerschaft. Mit zwei Zielrichtungen wandte sich der Wettbewerb an Lehrer und Schüler: Zum einen soll ihnen Europa als realisierbare Vision nahe gebracht werden und zum anderen das Erlebnis des grenzüberschreitenden gemeinsamen Bearbeitens von annähernd gleichen Themen.

Seit den 90ern verbindet der Landesverband den Wettbewerb mit der Aussöhnung mit Polen auf der Grundlage von aus deutsch-polnischen Schülerseminaren entstandenen Kontakten in drei Woiwodschaften. Alljährlich erreichen zahlreiche hochwertige Arbeiten die rheinland-pfälzische Landesjury. Der Landesverband stiftet im Schnitt 100 Preise und das Bildungsministerium die Urkunden, die unser Ehrenvorstandsmitglied Manfred Däuwel überbringt.



Bild: R. Däuwel-Türk

Was gibt es Schöneres als in einer Veranstaltung unter dem Motto „Wir sind alle Europäer“ von begeisterten Schülerinnen und Schülern sowie engagierten Lehrern und dem Bürgermeister Joachim Wojtala in Gogolin empfangen zu werden? Dem beeindruckenden Schülerprogramm folgten die Preisübergabe und ein Imbiss. Ähnlich festlich wurden auch die Preisträger aus den Regionen Jelenia Góra und Tarnów/Brzesko geehrt.

Bad Kreuznach

Global-Player besucht

Der Kreisverband hatte Gelegenheit zu einer Betriebsbesichtigung bei HEVERT-Arzneimittel, einem Homöopathie-Hersteller aus



Bild: EUD Bad Kreuznach

Nussbaum. Die Firma zählt weltweit zu den Top Ten auf diesem Spezial-Pharmamarkt. Der wichtigste Schlüssel des unternehmerischen Erfolgs sind motivierte und unternehmerisch denkende Mitarbeiter. Nur durch Leistungs- und Lernbereitschaft, Teamgeist, Zuverlässigkeit und Vertrauen kann das Unternehmen weltweit erfolgreich sein. Kreisvorstandsmitglied Thomas Bursian hatte die Besichtigung bei Hevert vorbereitet. Vorsitzender Franz-Josef Mathony wies auf die Chancen des Unternehmens in der Europäischen Union hin.

Mayen-Koblenz

Neuer Vorsitzender

Neuer Vorsitzender ist Dr. Peter Keiner, der nach zwölf Jahren Rolf Berendes ablöst, der von Ehrenmitglied Manfred Däuwel die Silberne Ehrennadel erhielt. Stellvertretender Vorsitzender ist Karl-Heinz



Bild: EUD Mayen-Koblenz

Weingart, neue Geschäftsführerin Lis Pink. Ihnen zur Seite stehen Schatzmeister Matthias Bierschbach und Dagmar Mixdorf, die für die Kommunikation zuständig ist. Rolf Berendes, Wulf Cornelius, Wolfgang Follmann, Lutz Krüger, Wolfgang Menzel, Armin Apfel und Marina Stieldorf wurden

als Beisitzer gewählt. Im Anschluss an die Wahlen erinnerte Karl-Heinz Weingart an die Aussage von Jean-Claude Juncker: „Wer an Europa zweifelt, wer an Europa verzweifelt, der sollte Soldatenfriedhöfe besuchen! Nirgendwo besser, nirgendwo eindringlicher, nirgendwo bewegender ist zu spüren, was das europäische Gegeneinander an Schlimmstem bewirken

kann. Das Nicht-zusammenleben-Wollen und das Nicht-zusammenleben-Können haben im 20. Jahrhundert 80 Millionen Menschen das Leben gekostet.“

Trier

Frankreich und Europa

In einer gemeinsamen Veranstaltung der Deutsch-Französischen Gesellschaft und des Kreisverbandes referierte Werner Zettelmeier (Paris) zum Thema: „Frankreich und Europa – innenpolitische Probleme nach der Europa-Wahl“. Zettelmeier berichtete, dass in Frankreich die Enttäuschung über Präsident Hollande sehr groß sei. Die Wirtschaft stagniere und Wahlversprechen seien nicht eingehalten worden. Internationale Krisen machten Frankreich zu schaffen und auch Meinungsunterschiede mit Deutschland seien nicht übersehbar.

Zudem sei eine Reihe von Affären zu beobachten, die nicht nur die Regierungspartei der Sozialisten, sondern auch die Oppositionspartei UMP betreffen. Dadurch erstärke die rechtsradikale Partei Front National.

Verantwortlich:
Anna Schneider

Saarland

60 Jahre Europäische Akademie Otzenhausen

Einen nicht alltäglichen Geburtstag – nämlich ihren 60. – feierte die Europäische Akademie Otzenhausen (EAO). Die verschiedenen Veranstaltungen, mit denen das Ju-

Netzwerken für Europa: After-Work-Termin in Saarbrücken

Im November fand erneut ein After-Work-Termin „Rendezvous mit Europa“ der Europa-Union Saar und der Europäischen Stiftung für Kultur und Bildung in der Cocktailsbar „home.“ in Saarbrücken

statt. Viele Gäste waren gekommen, um sich über die Arbeit von Margriet Zieder-Ripplinger (SPD), Vorsitzende des Europaausschusses im Saarländischen Landtag, zu informieren. Auch die Jungen Europäischen Föderalisten aus dem Saarland waren vertreten.

Zu Beginn der Veranstaltung berichtete Margriet Zieder-Ripplinger über ihre Arbeit als Landtagsabgeordnete und als Vorsitzende des Europaausschusses. Sie hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Europaakteure im Saarland zu vernetzen und somit die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Großregion SaarLorLux zu vertiefen. Zahlreiche Akteure, die in der Großregion aktiv sind, waren bereits zum Europaausschuss geladen, um ihre Arbeit zu präsentieren. In diesem Rahmen wurden schon viele Lösungen für Alltagsfragen im grenzüberschreitenden Miteinander gefunden, beispielsweise im Bereich des Taxiverkehrs oder des Paketdienstes an der deutsch-französischen Grenze. Im Anschluss ging die Referentin von Tisch zu Tisch, um sich mit den Gästen im persönlichen Gespräch auszutauschen und Fragen zu beantworten.

Marlene Lehmann

Verantwortlich: Dr. Hanno Thewes



(v. l. n. r.) Ehrenvorsitzender Arno Krause, Landesvorsitzender Dr. Hanno Thewes und Präsident Rainer Wieland beim Festakt der EAO

biläumsjahr begangen wurde, gipfelten in einem Festakt im November 2014. Neben Rainer Wieland, Präsident der Europa-Union Deutschland und Vizepräsident des Europäischen Parlaments, würdigte auch die saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer die Verdienste der Akademie.

Der saarländische Europa-Union-Ehrenvorsitzende Arno Krause konnte in seinem bewegenden Vortrag über die Entstehung der Einrichtung berichten, die vor sechs Jahrzehnten durch die Europa-Union Saar aus der Taufe gehoben wurde. Was 1954 unter dem Namen Europa-Haus Otzenhausen als Begegnungsstätte für die deutsche und französische Jugend begann, wurde seitdem zu einem leistungsfähigen Konferenz- und Tagungszentrum weiterentwickelt. Die Akademie begrüßt jährlich rund 10.000 Gäste und hat ihr Themenspektrum inzwischen auf neun Arbeitsschwerpunkte ausgeweitet.



*(v. l. n. r.) Dr. Hanno Thewes, Margriet Zieder-Ripplinger MdL, Jingyi von Strasser (JEF-Co-Vorsitzende), Arno Krause
Bilder: Valéri Braun*

Nordrhein-Westfalen

Doppeltes Europa- Café war ein voller Erfolg

An zwei Gymnasien in Haan und Wuppertal waren die Schülerinnen und Schüler Europa so nah wie nie zuvor: Im Rahmen des EU-Bürgerdialogs veranstaltete der Landesverband mit den Verbänden vor Ort und gemeinsam mit der EU-Kommission an beiden Schulen ein Europa-Café, bei dem jeweils eine ganze Jahrgangsstufe angehender Abiturienten mit Experten in Sachen Europa ins Gespräch kam.

Über mehrere Stunden hinweg wurde mit den acht bzw. 12 Experten zu verschiedenen Themen diskutiert. So konnten sich die Jugendlichen in Haan zuvor für ein Thema entscheiden, in Wuppertal

wechselten die Experten der Diskussionsrunde nach einer festgelegten Reihenfolge die Tischgruppen.

Neben dem Vertreter der EU-Kommission in Bonn, Dr. Stephan Koppelberg, standen auch die Europaabgeordneten Petra Kammerevert und Herbert Reul, die Wissenschaftler Prof. Thilo Harth und Ninja Schmiedgen aus Münster und Prof. Heinz Schrupf von der Uni Duisburg-Essen sowie Jakob Steffen Rede und Antwort. Auch Experten aus den Verbänden der Europa-Union wie Gabriele Tetzner, Heinz-Wilhelm Schaumann, Peter Wahl und Stephan Brühl, Steffen Meyer von der JEF, ein Experte der Polizei, ein Vertreter eines großen Energieunternehmens und Dr. Andreas Goldberg vom Zentrum für Türkeistudien trugen zum Gelingen bei.

So konnten die Schülerinnen und Schüler Einblick in viele Themen erhalten. Dabei reichte die Palette von den trans-

atlantischen Handelsabkommen über Studieren in Europa, Datenschutz, Energiepolitik, Migration und Flüchtlingspolitik bis zu den Fragen „Brauchen wir eine europäische Sozialversicherung?“ oder „Wie müsste Europa in den Medien dargestellt werden, damit es euch interessiert?“.

Das Resümee beider Veranstaltungen war nicht nur im Presseecho, sondern auch bei den Schülern und Lehrern äußerst positiv. Doch auch die Experten merkten an, dass die Teilnehmer ausgesprochen gut vorbereitet waren und dass sie selbst aus den Diskussionsrunden die eine oder andere Erkenntnis mitnehmen konnten.

Neuer Landesvorstand konstituiert sich

Mit seiner ersten Sitzung in Dortmund hat der neue Landesvorstand die Arbeit

aufgenommen. Satzungsgemäß wirken als geschäftsführender Vorstand der Landesvorsitzende, seine sieben Stellvertreter und der Schatzmeister. Zum Vorstand gehören aber auch die gewählten Vertreter der zehn größten Verbände, der Ehrenvorsitzende und der Landesvorsitzende der JEF sowie bis zu drei kooptierte Mitglieder. In seiner ersten Sitzung beschloss der neue Vorstand, Stephan Brühl (Wuppertal), Dr. Horst Hoffmann (Herne) und Manfred Klein (Monheim) zu kooptieren.



Der neue Landesvorstand: (v.l.n.r.) Anne Gödde, Ulrich Beul, Elisabeth Schnarrenberger-Oesterle, Stephan Brühl, Manfred Klein, Heinz-Wilhelm Schaumann, Wolfram Kuschke, Martin Kersting, Dr. Horst Hoffmann, Peter W. Wahl, Stefani Gertler-Martens, Fritz Köhler, Uwe Bräutigam, Prof. Hein Hoebink und Rainer Frickhöfer (nicht abgebildet: David Schrock, Dr. Heinrich Hoffschulte, Hiltrud Meier-Engelen, Hubert Scharf, Dr. Roland Kirchhof, Prof. Gerd Wassenberg, Dr. Helmut Nöldgen, Ingrid Sprengelmeier-Schnock, Mirja Schröder)

Bild: Kirsten Eink

Verantwortlich:
Kirsten Eink

Niedersachsen

Von Anfang an Bürgerinitiative

In der üblichen, oft aufwändigen Verbandsarbeit bleibt die Frage meistens im Hintergrund: Wie und wann ist es zur Gründung des Landesverbandes gekommen? In den vergangenen Jahren sind unsere Landesvorstände immer wieder dieser Frage nachgegangen, haben Recherchen angestellt, um über Anfänge der Europabewegung in Niedersachsen genauere Auskünfte zu erhalten und geben zu können. Seit der Eintragung des Landesverbandes Niedersachsen in das Vereinsregister beim Amtsgericht in Hannover Ende 1955 ist die Entwicklung dokumentiert und für Interessenten nachvollziehbar.

Die interessante Frage bleibt: Was geschah vorher? Die Quellenlage, um darauf antworten zu können, ist nicht üppig, aber eindeutig. Die Dokumente, die ausgewertet werden konnten, belegen, dass der Landesverband Niedersachsen – wie auch der Bundesverband – in einem bemerkenswerten (basis-)demokratischen Prozess und nicht durch einen deklamatorischen Akt entstanden. Als nach dem Zweiten Weltkrieg in der Britischen Besatzungszone noch an den staatlichen Strukturen für Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und insbesondere Niedersachsen gebastelt wurde, entstanden von Wilhelmshaven bis Hann. Münden europapolitische Vereinigungen, die 1948 nach einem Fusionsprozess zum Landesverband Niedersachsen zusammengeführt wurden.

Kurz zur Erinnerung

Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg: Die Siegermächte haben Besatzungszonen geschaffen. Wie eine staatliche Ordnung in der Zukunft aussehen könne und solle, steht in den Sternen. In der Britischen Besatzungszone setzt die Militärregierung im Januar 1946 in Oldenburg und Braunschweig Regierungen ein, im August desselben Jahres auch in Hannover. Im November 1946 wird durch den britischen Militärgouverneur aus die-

sen drei Ländern mit Schaumburg-Lippe das Land Niedersachsen gebildet und Hinrich Wilhelm Kopf als Ministerpräsident ernannt. Am 20. April 1947 werden erstmals in der gesamten Britischen Zone, in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, Landesparlamente gewählt. Der Niedersächsische Landtag wählt am 11. Juni 1947 Hinrich Wilhelm Kopf zum ersten Ministerpräsidenten des Landes.

Bereits in diesen Jahren 1946 und 1947 gründeten engagierte Bürgerinnen und Bürger in niedersächsischen Städten und Gemeinden – wohl zunächst unabhängig voneinander – verschiedene Vereinigungen, um ihre Vorstellungen von einer friedlichen Zukunft der Völker und Staaten in Europa zum Ausdruck zu bringen. Sie wählten für diese Organisationen unterschiedliche Bezeichnungen, u.a. Europa-Liga, Europa-Bund, Pan-Europa, Europäische Aktion oder Europa-Union. Ihre programmatische Ausrichtung verhinderte nicht, dass es im Verlaufe des Jahres 1947 zu konstruktiven Fusionsverhandlungen kommen konnte.

Fusion zweier Europa-Verbände

Nachdem sich zum 1. August fünf gleichgerichtete Verbände von Hamburg bis München zum Europa-Bund zusammen geschlossen hatten, begannen Gespräche mit der Europa-Union, die am 20. November in Hagen (Westfalen) zur Verschmelzung beider Verbände unter dem vorläufigen Namen „Gemeinschaft Europa-Bund – Europa-Union“ führten. So auch in Niedersachsen. Der Vorstand der Landesgruppe „Europa-Bund“ benannte für den Landesfusionsausschuss Karl Meinike (Oldenburg) und Hans Schneider (Hildesheim), der Vorstand der Landesgruppe „Europa-Union“ Dr. Walter Hasemann (Hannover) und Walter Beyerlein (Wilhelmshaven). Hasemann und Meinike waren auch an



Hertensteiner Kreuz

den Verhandlungen auf „Bundesebene“ beteiligt. Nachdem auf einer Zentraltagung in Heidelberg beschlossen worden war, dem deutschen Zweig der Europäischen Einigungsbewegung endgültig den Namen Europa-Union zu geben, wählten die Delegierten auf der Landestagung vom 6. bis 8. März 1948 in Hann. Münden Walter Hasemann zum ersten Vorsitzenden im Landesverband Niedersachsen der Europa-Union. Ihm folgte – nach einer kurzen Vakanz – 1961 Dr. Andreas Feickert, Leiter des Europa-Seminars Jagdschloss Göhrde.

Eindrucksvoll und bemerkenswert bleibt, dass wir die Gründung auch unseres Landesverbandes zunächst einer Vielzahl europapolitischer Initiativen engagierter Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden Niedersachsens zu verdanken haben. Und das zu einem Zeitpunkt, zu dem die Zukunft Deutschlands und Europas völlig offen waren. Beide Fragen beschäftigten sie kurz nach dem Zweiten Weltkrieg gleichermaßen: Wie geht es weiter mit Deutschland? Wie mit Europa? In Niedersachsen erlebten sie den Aufbau einer föderalen Demokratie und wirkten daran z. T. mit. Demonstrativ weisen sie sich folglich in ihren Publikationen als „Deutscher Zweig der Union Européenne des Fédéralistes“ aus, beziehen sich in ihren programmatischen Aussagen immer wieder auf die Hertensteiner Thesen und fordern u.a. mit Nachdruck „die Ablehnung jeglicher Blockbildung, die Europa in zwei Teile zu trennen droht“. Manches klingt denkwürdig aktuell.

Verantwortlich: Adolf Schröder

Brüssel

Neuer EU-Botschafter setzt Tradition fort

Der neue Ständige Vertreter Deutschlands bei der Europäischen Union, Reinhard Silberberg, berichtete Ende Oktober erstmalig auf Einladung des Brüsseler Verbandes der Europa-Union im Goethe-Institut über das Treffen des Europäischen Rates, bei dem am 23./24. Oktober u. a. die Einsetzung der neuen EU-Kommission beschlossen worden war. Er freute sich, die „schöne Tradition fortzusetzen“, so der frühere deutsche Botschafter beim Königreich Spanien, der im Sommer 2014 sein Amt mit dem bisherigen EU-Botschafter Peter Tempel gewechselt hatte.

Der Vorsitzende der EUD Brüssel, Prof. Dr. Michael Köhler, dankte nochmals beiden Botschaftern für ihre Bereitschaft, das interessierte Brüsseler Publikum im Rahmen der EUD-Debriefings aus erster Hand über die Ereignisse bei den EU-Ratstreffen zu informieren.

In der Laufbahn von Botschafter Silberberg ist es die zweite Station in Brüssel, wo er bereits zwischen 1990 und 1992 für die Ständige Vertretung tätig war. „Die Unterschiede zu damals könnten größer nicht sein“, so der EU-Botschafter. Zwischen der Gemeinschaft der 12 und der heutigen Union der 28 Mitgliedstaaten lägen „Welten“. Anfang der 90er Jahre seien u. a. die Verhandlungen zum Maastricht-Vertrag im Vordergrund gewesen: „Wir hätten damals nicht gewagt zu träumen, was die EU heute alles macht.“ Diese Fortschritte dürften bei allen Herausforderungen, denen die EU heute gegenüber stehe, nicht aus dem Blick geraten.

Bereits am 30. Juni verabschiedete die

Brüsseler Europa-Union Botschafter Peter Tempel, der neuer Botschafter in Madrid wurde. Silberberg ist mittlerweile der dritte EU-Botschafter, der mit der EUD nach den Europäischen Räten die Tradition der Debriefings fortsetzt.

Verantwortlich: Philipp Rosset



Voller Saal beim inzwischen traditionellen EUD-Debriefing in Brüssel

Bild: EUD Brüssel

Hamburg

Europas Zukunft – Wo wollen wir hin?

Rund 35 interessierte Gäste kamen Anfang Dezember auf Einladung der Europa-Union Hamburg und der JEF-Hamburg in die Buchhandlung Boysen+Mauke, um mit dem Europa-Blogger Manuel Müller über mögliche EU-Vertragsänderungen zu diskutieren.

Dem überwiegend jungen Publikum stellte der Blogger zunächst einige Gründe, die für eine Vertragsänderung sprächen, vor. Er ergänzte anschließend anhand konkreter Beispiele, wie diese aussehen könnte. Im Vordergrund dieser Veranstaltung stand der Dialog, weshalb die Gäste im Stuhlkreis saßen und nicht wie sonst in Reihen dem Podium zugewandt waren. Im gemütlichen

Ambiente der Buchhandlung erwies sich der Aufbau des Stuhlkreises schon bald als vorteilhaft. Nachdem sich jeder einen der beschriebenen Pfeile aus der Mitte genommen oder selber einen beschriftet hatte, konnte die Diskussion losgehen.

Den meisten Fragestellern stand Manuel Müller Rede und Antwort, doch einige Themen fachten auch die Debatte unter den Gästen an. Nach gut 90 Minuten war allen klar, dass der Abend viel zu kurz war. Der richtige Weg für Europas Zukunft ist ein Weg nach vorne, zu mehr Integration und einer stärkeren

supranationalen Demokratisierung. Darin waren sich viele der Gäste mit Manuel Müller einig.

Verantwortlich: Bettina Thöring



Diskussionen in Pfeilrichtung

Bild: EUD Hamburg

Baden-Württemberg

EU-Spitzenpersonal gut ausgewählt

Der Landesverband begrüßt die Berufung von Donald Tusk zum Präsidenten des Europäischen Rates und von Federica Mogherini zur neuen Außenbeauftragten. „Mit Jean-Claude Juncker, Martin Schulz, Donald Tusk und Federica Mogherini sind die vier Spitzenpositionen in Europa mit starken und fähigen Persönlichkeiten besetzt“, betonte EUD-Landesvorsitzende Evelyne Gebhardt MdEP. „Die Europawahl hat einmal mehr gezeigt, dass Europa mit einem Vertrauensdefizit zu kämpfen hat.“ Die Europa-Union begrüßt daher, dass die EU-Kommission ein Internetportal zur Unionsbürgerschaft eingerichtet habe.

Infostand beim FDP-Parteitag

Der gemeinsame Infostand von Europa-Union und Jungen Europäern beim Landesparteitag der FDP in der Stuttgarter Liederhalle stieß auf großes Interesse. Viele der FDP angehörenden Mitglieder der Europa-Union kamen am Stand vorbei und tauschten sich mit den anwesenden Vorstandsmitgliedern Bernhard Freisler und Florian Ziegenbalg aus. Erfreulich war auch, dass einige Neumitglieder gewonnen werden konnten. Beide Verbände wollen ihre Präsenz bei den Parteitagen der Landesparteien verstärken.

Stuttgart

Kroatien im Mittelpunkt

Die Jahreshauptveranstaltung in 2014 widmete der Kreisverband dem jüngsten Mitgliedsland der EU, Kroatien. Baden-Württemberg verbindet mit Kroatien eine enge Partnerschaft. Nach der Begrüßung durch die Kreisvorsitzende Dr. Petra Püchner und Grußworten von Dr. Günter Gnauck von der „Bernhard Klocke International Found-

ation e.V.“ als einer der Hauptunterstützer der Veranstaltung, sprachen die Ehrengäste des Abends, der neue Generalkonsul Kroatiens Slavko Novokmet und Dr. Alexandra Zoller, Referatsleiterin Europapolitik, in Vertretung für Europa-Minister Peter Friedrich. Der EU-Kommissar für Verbraucherschutz, Neven Mimica, war ebenfalls mit einem Videogruß präsent. Der Höhepunkt des Abends war aber das von Dr. Hartmut Welck und seinem Eventteam vorbereitete Schülerquiz, bei dem Schülergruppen des Paracelsus-Gymnasiums Stuttgart-Hohenheim, der Markgröninger Realschule und sogar des Gymnasiums 4 aus Zagreb mitmachten. Der musikalische Rahmen wurde von der kroatische Tanzgruppe FD Ruza aus Filderstadt sehr gelungen gestaltet.

Reims-Murr

Volkstrauertag

Die Erinnerung an den Beginn des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren bestimmte die Gedenkfeier zum Volkstrauertag. Daraus entwickelte der Murrhardter Ehrenbürger Jean Arthuis, MdEP aus der französischen Partnerstadt Château-Gontier, zukunftsweisende Gedanken zu Frieden und Integration in Europa. „Vor 100 Jahren ließen sich die Nationen in Europa auf den Krieg ein, und Millionen von Soldaten und Zivilisten bezahlten mit ihrem Leben für die mörderische Raserei ihrer Regierenden“, sagte Arthuis in seiner Rede im Heinrich-von-Zügel-Saal, die Michèle Hartmann übersetzte. „Europa ist die Vereinigung in der Vielfalt, die es uns ermöglicht, das egoistische nationale Denken auszuradieren und in der politischen Integration vorwärtzuschreiten.“

Karlsruhe

Europäischer Abend

Traditionell jährlich veranstaltet der Kreisverband einen Europäischen Abend. Dieses Mal fand der gern besuchte Event im Foyer des Karlsruher Landratsamtes statt. Ungefähr 180 Zuhörer fanden sich zum Hörschmaus des deutsch-französischen „Grenzkabarets“ ein. Martin Graff, mehrfach ausgezeichnete Theologe, Autor, Kolumnist und Filmemacher, legte seinen Finger in die „Wunden“ der regionalen und

nationalen Eigenheiten. Er sagte, dass der Verlust der elsässischen Sprache und die abnehmenden Französischkenntnisse auf der deutschen Seite ein stetiges Zusammenwachsen erschweren.

Achern

Über Grenzen hinweg

Zu einer grenzüberschreitenden Zug-Premiere lud die Europa-Union Achern ein. Am Tag des Fahrplanwechsels, 14.12.2014, fuhr zu später Stunde pünktlich um 22.52 Uhr von Straßburg erstmals die Ortenau-S-Bahn im ÖPNV im Euro-Distrikt in Richtung Achern. Mit an Bord des Zuges waren vier Vorstandsmitglieder der Europa-Union: Jürgen Hermann, Wolfgang Meder, Peter Lorenz sowie Acherns Alt-OB Reinhart Köstlin, begleitet von ihren Ehefrauen.

Junge Europäer/JEF

Freiburger Gespräche

Im Rahmen der Freiburger Gespräche 2014 haben sich 60 Jugendliche aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz unter dem Titel: „10 Jahre EU-Osterweiterung – Im Westen nichts Neues: Frische Impulse für Europa aus dem Osten?“ über den Osten Europas informiert und diskutiert. Bereits die Auftaktveranstaltung, eine öffentliche Podiumsdiskussion mit dem Titel: „Der Westen vor der Tür Russlands: Osteuropa zwischen Osterweiterung und russischer Monroe-Doktrin“ war ein voller Erfolg. Rund 250 Interessierte verfolgten die Ausführungen von Prof. Dr. Hans-Erich Volkmann, dem russischen Attaché für Außenpolitik Daniil Bisslinger, Hauptmann Jan Helmchen und Gernot Erler MdB, Russlandkoordinator der Bundesregierung, auf dem Podium. Prof. Klaus-Heinrich Standke moderierte die spannende Diskussion und hielt am Folgetag einen Vortrag zum Thema „Neue Herausforderungen an das Kaleidoskop der europäischen Zusammenarbeit“. Der ungarische Schriftsteller und Historiker György Dalos schilderte seinen Lebensweg im kommunistischen Ungarn bis zur Wende und die anschließende Zeit bis heute.

Verantwortlich: Florian Ziegenbalg

Hessen

Hochtaunus

ZDF-Reporterin Katrin Eigendorf zu Gast

Es begann mit dem ersten Besuch auf dem Maidan in Kiew im Frühjahr 2014 und wird in diesem Jahr mit einer weiteren Reise dorthin weitergehen. Die zierliche Reporterin Katrin Eigendorf, die zahlreiche Beiträge für das ZDF aus Donezk, Lugansk und Mariupol seit April gemacht hat, konnte den etwa 60 Besuchern einer spannenden Veranstaltung der Europa-Union Hochtaunus nicht nur ihre Eindrücke, sondern auch ihre Erkenntnisse aus den kriegesischen Auseinandersetzungen um die östlichen Teile dieses Nachbarlandes der EU schildern.

So erfuhr das Publikum unter anderem, dass sie aus versicherungstechnischen Gründen bei ihrer Tätigkeit in dem heftig von der ukrainischen Armee und den Separatisten umkämpften Gebiet um die Hafenstadt Mariupol Helm und Schutzweste trug und dass in unmittelbarer Nähe von akuten kriegesischen Scharmützeln ihr ein unbewaffneter Experte als Sicherheitsberater zur Seite steht.

Nach dem Auslöser der Krise gefragt, betonte Katrin Eigendorf, dass keine Faschisten auf dem Maidan dabei gewesen wären, wie das immer wieder von Russland behauptet werde. Es waren empörte und aufgeregte Ukrainer, die bei bitterer Kälte, teilweise auch bewaffnet, wegen der schlechten Versorgung gegen die ukrainische Regierung protestiert hätten. Das Thema Abschuss der malaysischen Verkehrsmaschine über dem Gebiet der Ostukraine bewegte das Publikum ebenfalls. Eigendorf hält es, so machte sie in ihrer Antwort auf eine diesbezügliche Frage sehr deutlich, aufgrund ihrer Recherchen für erwiesen, dass der Abschuss des Flugzeugs durch die Separatisten erfolgt sei. Dies sei nicht nur ihre Meinung, sondern auch die vieler Experten, die sich mit dem Absturz intensiv beschäftigt hätten.

Zur derzeitigen Situation meinte sie, dass sich die Separatisten mit der Gründung ihrer „Volksrepubliken“ verselbständigt hätten und die Mehrheit der Bevölkerung dort nicht prorussisch sei. Es gäbe vielmehr eine nostalgische Sehnsucht nach den alten Zeiten der Sowjetunion, als es den Menschen besser gegangen wäre. Die Regierung in Kiew werde heftig abgelehnt,



ZDF-Reporterin Katrin Eigendorf (M.) berichtet über ihre Erlebnisse in der Ukraine. Bild: EUD Hochtaunus

was sicher auch der russischen Propaganda geschuldet sei.

Insgesamt ist Katrin Eigendorf in Hinblick auf den Zustand der Ukraine und die Chance, dass das Land als Ganzes bestehen bleiben kann, nicht sehr zuversichtlich. Historisch und kulturell sei das Land zerrissen. Es gäbe zudem keine ukrainische Identität und kein nationales Bewusstsein.

Hildegard Klär

Verantwortlich: Sven Ringsdorf

Internationaler Jugendworkshop

Die Europa-Union Lahn-Dill, das Kulturstadamt der Stadt Wetzlar und die Goetheschule Wetzlar laden, unterstützt durch dreißig weitere Förderer und Sponsoren, vom 3. bis 9. Mai zu einem Jugendworkshop ins mittelhessische Wetzlar ein. Aus acht Nationen werden insgesamt 40 Schülerinnen und Schüler im Alter zwischen 16 und 18 Jahren anreisen, um die gemeinsame europäische Vergangenheit aufzuarbeiten, die Gegenwart zu reflektieren und Ziele für eine gemeinsame Zukunft zu entwickeln.

Unter dem Titel „70 Jahre Frieden in Europa – junge Perspektiven für eine gemeinsame Zukunft“ stehen u.a. die Aufarbeitung der NS-Verbrechen, der DDR-Diktatur sowie die Diskussion aktueller europäischer Herausforderungen (TTIP, Ukraine, Flüchtlingspolitik) auf dem Programm der jungen Europäer. Zeitzeugen, Diplomaten, Botschafter und Vertreter zahlreicher Kulturorganisationen haben ihre Unterstützung und Teilnahme bereits zugesagt.

Eröffnet wird der Jugendworkshop am 3. Mai mit einem Frie-

denkonzert in der Stadthalle Wetzlar, an dem junge Musiker aus 15 Nationen unter der Schirmherrschaft des hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier gemeinsam auftreten werden.

Informationen zur Jugendbegegnung und den öffentlichen Programmpunkten erhalten Interessierte beim Kreisvorsitzenden der Europa-Union Lahn-Dill, Sven Ringsdorf, unter: sven.ringsdorf@eu-lahn-dill.de.

Europäischer Festabend 2015

Der diesjährige Europäische Festabend findet am 17. Juli in Dietzenbach statt. Ehrengast und Festredner ist der Botschafter der Republik Litauen, Deividas Matulionis, der u.a. zur Euro-Einführung seiner Nation zum 1. Januar 2015 und zu europapolitischen Herausforderungen sprechen wird. 11 Jahre nach dem Beitritt Litauens wird er die Gelegenheit nutzen, über Erfolge und Hürden im Anpassungsprozess an die Europäische Union zu referieren. Informationen und Anmeldung unter: info@eu-hessen.de.

Schleswig-Holstein

Ukraine-Krise: Aufregungsspirale stoppen

In der Ukraine-Krise ist es zu einer gefährlichen Aufregungsspirale gekommen. Diese gilt es zu durchbrechen. Beschlüsse westlicher Staaten, wie der Ausschluss Russlands aus den G8, sind für mich keine klugen, de-eskalierenden Maßnahmen. Der entscheidende Punkt in der aktuellen Debatte ist die Grundeinsicht, dass Russland auch weiterhin unser Nachbar sein wird. Insofern ist es unser fundamentales Interesse, die Beziehungen zu Russland vernünftig zu regeln.

Russland muss die legitimen Interessen seiner kleineren Nachbarn respektieren. Wer eine stabile Friedensordnung in Europa will, muss die legitimen Sicherheitsinteressen Russlands aber ebenfalls berücksichtigen. Wie können viele westliche Akteure derart überrascht sein, dass Russland Geopolitik betreibt? Vermutlich wegen des Glaubens, dass liberale Werte sich weltweit durchsetzen und die Zeiten der Geopolitik vorbei seien. Schön wäre es. Leider scheint mir Machtpolitik aber auf der Tagesordnung zu stehen. Daran ändert auch ihre Maskerade hinter moralischen Werten nichts.

Die traurige Wahrheit ist: Im Kontext von Großmachtpolitik geht Macht häufig vor Recht. Putin kämpft mit harten Bandagen. Völkerrechtsbrüche verurteile ich. Aber die Logik hinter Russlands Machtpolitik müssten doch auch die USA und die EU verstehen. Man stelle sich die Empörung vor, wenn China ein mächtiges Militärbündnis schaffen würde, dem Kanada und Mexiko beitreten sollen. Alle Staaten betreiben Machtpolitik. Das gilt auch, wenn – zum Beispiel – ein demokratisch gewählter pro-russischer Präsident der Ukraine unrechtmäßig gestürzt wird.

Es bleibt die Frage, wie eine Sicherheitsstruktur aufgebaut werden kann, die für Frieden sorgt. Jede eskalierende Maßnahme führt nur zu weiterer Eskalation. Russland, eine im Niedergang begriffene Großmacht mit einer alternden Bevölkerung und einer eindimensionalen Wirt-



René Marquardt Bild: EUD Schleswig-Holstein

schaft, muss nicht mehr eingedämmt werden. Wie soll es weitergehen? Mir scheint, dass die westliche Strategie grundlegend revidiert werden muss. Der Plan der Westanbindung der Ukraine muss aufgegeben werden. Stattdessen sollte die Ukraine ein neutraler Pufferstaat zwischen NATO und Russland werden. Eine souveräne Ukraine könnte durch einen gemeinsamen wirtschaftlichen Rettungsplan, der durch die EU, Russland, den IWF und die USA finanziert wird, zu einer prosperierenden Nation werden. Eine wohlhabende, aber neutrale Ukraine, würde keine Bedrohung für Russland darstellen und es dem Westen erlauben, seine Beziehung zu Russland wieder in Ordnung zu bringen. Eine Fortsetzung der aktuellen Ukraine-Politik und Russland-Konfrontation würde die Feindseligkeiten mit Russland nur verschärfen und die Ukraine zugrunde richten.

Vor allem aber gilt es, gemeinsam Lösungen zu finden, statt sich gegenseitig durch militärisches Säbelrasseln Stärke zu demonstrieren. Dabei sollten vor allem die europäischen Institutionen tätig werden: einerseits weil die osteuropäischen EU-Staaten einbezogen werden müssen. Andererseits ist die aktuelle Krise aber auch eine Chance für die Fortentwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU.

René Marquardt

Verantwortlich: Henrike Menze



Impressum

1/2015

**EUROPA AKTIV –
Aktuelles aus Politik und Verbandsleben**

Herausgeber:

Europa-Union Deutschland e.V.
Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin
Tel.: (030) 3 03 62 01 30, Fax: (030) 3 03 62 01 39
E-Mail: info@europa-union.de
Internet: www.europa-union.de

Redaktion:

Heinz-Wilhelm Schaumann (v. i. S. d. P.)
Birgit Köbling

Redaktionsanschrift:

Hardtbergstraße 23a, 53507 Dernau/Ahr
Tel.: (026 43) 90 16 04, Fax: (026 43) 90 25 52
E-Mail: redaktion@europa-aktiv.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 2.2.2015
Annahmeschluss für die Ausgabe 2/2015: 10.3.15.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Verbandes sowie seiner Untergliederungen wieder. Für die inhaltliche und sprachliche Gestaltung der Berichte der Landesverbände sind unmittelbar diese selbst verantwortlich. Alle abgedruckten Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Bei Adressänderungen wenden Sie sich bitte an den für Sie zuständigen Landesverband oder direkt an das Generalsekretariat der Europa-Union!

Layout & Satz:

Pegasos-Publikationen,
Hauptstr. 36, 53567 Buchholz/Ww.
Tel. und Fax: (02683) 94 39 08
Mobil: (01 71) 5 07 69 32
E-Mail: info@pegasos-publikationen.de

Druck:

GÖRRES-DRUCKEREI UND VERLAG GMBH,
Koblenz/Neuwied
Internet: <http://www.goerres-druckerei.de>

Der Landesverband Schleswig-Holstein möchte die Mitgliederzeitung „Europa aktiv“ künftig verstärkt als Plattform für europapolitische Debatten nutzen. Die bereits erschienenen Artikel unseres Landesvorsitzenden Uwe Döring zum Ausländerwahlrecht und des Vorstandsmitglieds Thomas Kopsch zur Europäischen Wirtschaftspolitik bildeten hierzu den Auftakt. In der aktuellen

Ausgabe führen wir dieses Vorhaben mit dem Standpunkt René Marquardts zur aktuellen Situation in der Ukraine fort. Der Autor ist Landesvorsitzender der JEF Schleswig-Holstein und Bundesausschussvorsitzender der JEF Deutschland. Wir freuen uns über Rückmeldungen aus anderen Landesverbänden! Email: info@europa-union-sh.de